

Dresdner Professorin unterstützt "HomoheilerInnen"

Stellungnahme und Pressemitteilung des Referates Gleichstellungspolitik aus aktuellem Anlass (17.05.2009)

Prof. Dr. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Inhaberin des Lehrstuhls Religionsphilosophie und vergleichende Religionswissenschaft und weitere Angehörige der TU Dresden sind am 19. April als (Erst-)UnterzeichnerInnen einer Erklärung der Initiative „Für Freiheit und Selbstbestimmung“ in Erscheinung getreten. Das Referat Gleichstellungspolitik des Stura der TU Dresden sieht sich daher in der Pflicht, auf diesen Umstand und dessen Hintergründe aufmerksam zu machen.

Marburger Kongress

Die von Gerl-Falkovitz unterschriebene Erklärung ist gegen KritikerInnen des „6. Internationalen Kongresses für Psychotherapie und Seelsorge“ gerichtet, welcher alle drei Jahre von der Akademie für Psychotherapie und Seelsorge e.V. veranstaltet wird und vom 20. bis 24. Mai 2009 in Marburg stattfinden soll. Anlass für die von PolitikerInnen, Lesben- und Schwulenverbänden, Studierendenvertretungen und PsychotherapeutInnen geübte Kritik an diesem Kongress ist die Teilnahme verschiedener ReferentInnen (u. a. Markus Hoffmann von „Wüstenstrom e. V.“ und Dr. Christl Ruth Vonholdt vom „Deutschen Institut für Jugend und Gesellschaft“, in dessen wissenschaftlichem Beirat Prof. Dr. Gerl-Falkovitz vertreten ist), die in der Vergangenheit mehrfach mit homophoben Äußerungen aufgetreten sind.

Fragwürdige Positionen

Die Positionen, die diese ReferentInnen vertreten und die in der von Prof. Dr. Gerl-Falkovitz unterzeichneten Erklärung Unterstützung finden, beinhalten u.a. die Aussage, dass praktizierte Homosexualität ein erhebliches gesundheitliches und psychisches Risiko berge. In der Erklärung der Initiative „Für Freiheit und Selbstbestimmung“ wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass Homosexualität eine überdurchschnittliche Anfälligkeit für AIDS, Geschlechtskrankheiten, Depressionen sowie Suizidgefährdung nach sich ziehe. Diese Auffassung unterschlägt, dass die in der Tat nachweisbaren höheren Suizidraten von Homosexuellen nicht aus der Homosexualität selbst entstehen, sondern Folge der gesellschaftlichen Nichtakzeptanz und Stigmatisierung homosexueller Lebensweisen sind. Frei nach Rosa von Praunheim: „Nicht der/die Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation in der er/sie lebt.“ In der Erklärung der Initiative „Für Freiheit und Selbstbestimmung“ heißt es weiterhin, Menschen, welche unter ihrer Homosexualität leiden, dürfe das Angebote zur Therapie nicht verweigert werden. Die Veränderung einer homosexuellen Neigung sei möglich. Dabei wird suggeriert, Homosexualität sei eine Krankheit. Wie der Berufsverband deutscher Fachärzte für Psychiatrie und Psychotherapie im April diesen Jahres klar feststellte handelt es sich jedoch bei Homosexualität um eine häufige Form des menschlichen Zusammenlebens. Eine eventuelle psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung erfolge nicht wegen der Homosexualität als solcher, sondern aufgrund von Konflikten im gesellschaftlichen Umfeld, die daraus erwachsen.

Meinungsfreiheit

Die UnterzeichnerInnen der oben genannten Erklärung berufen sich auf die im Grundgesetz der BRD verankerten Freiheitsrechte und weisen die Kritik von Lesben- und Schwulenverbänden am Marburger Kongress und einigen seiner ReferentInnen als „totalitäre Bestrebungen“ zurück (und sprechen ihnen somit im gleichen Atemzug den Gebrauch der Meinungsfreiheit ab). Die Bedienung stigmatisierender Begriffe wie „totalitär“ halten wir generell als abträglich für eine wissenschaftliche Argumentation. Sie soll wohl auch eher dazu dienen, alte und als überwunden geglaubte Ressentiments wieder zu erwecken und neu aufzulegen. Wir sprechen uns dagegen aus, dass ReferentInnen im universitären Raum derartige homophobe Auffassungen vertreten und ihn zudem dazu missbrauchen, um einen Anschein von Wissenschaftlichkeit zu erzeugen. Problematisch ist freilich auch die Unterschrift einer Dresdner Professorin unter der Erklärung, die sich unkritisch auf die Seite derer stellt, die Homosexualität als „Problem“ begreifen – insbesondere

dann, wenn sich die TU Dresden gerade ein Leitbild gibt, in dem von der Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung die Rede ist. Das Referat Gleichstellungspolitik des Stura der TU Dresden kritisiert daher vehement jegliche Diskriminierung und Verunglimpfung homosexueller Neigungen und ruft alle Universitätsangehörigen dazu auf, derartige Positionen nicht zu dulden und sich aktiv dagegen auszusprechen.